

POLEN

Anne Velder

Seit den neunziger Jahren ist die enorme Umweltverschmutzung, die durch die Wirtschaftsweise während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verursacht wurde, drastisch zurückgegangen. Trotz großer Erfolge, die Polen im Umweltschutz verzeichnen kann, verlangen die umweltpolitischen Anforderungen der EU der polnischen Umweltpolitik weiterhin große Anstrengungen ab. Vor allem der für den Klimaschutz als besonders bedeutend bewertete Bereich der Luftverschmutzung durch Abgase entwickelt sich zwiespältig. Der starke Rückgang der CO₂-Emissionen nach 1990 hat in erster Linie rechnerische Ursachen und lässt sich vor allem durch den industriellen Niedergang nach 1989 (speziell der Schwer- und Rohstoffindustrie), durch bessere Filtersysteme und eine höhere Produktionseffizienz sowie einen Strukturwandel der Wirtschaft erklären. Derzeit nehmen die Emissionen wieder zu und auch in Zukunftsprognosen wird von einem weiteren Anstieg ausgegangen.¹

Bis heute zeichnet sich die polnische Wirtschaft durch ihre große Energie- und Rohstoffintensität aus. Kein anderer Energiemarkt in der Europäischen Union ist so stark von Kohle abhängig wie der polnische, der sich mit einem Anteil von über 90 Prozent Energiegewinnung aus Kohle auch weltweit an der Spitze der kohleintensivsten Energiemärkte befindet. Vor allem mit Blick auf die dritte Phase des europäischen Emissionshandelssystems, das einen tiefgreifenden Wandel des europäischen Energiemarktes nach sich ziehen wird, stehen die polnische Regierung und die Wirtschaft unter Handlungszwang. Kohle ist, laut EU-Kommission, der umweltschädlichste Energieträger überhaupt – wenn man die bei der Energiegewinnung freigesetzte Menge an CO₂ pro Kilowattstunde als Maßstab nimmt.

KLIMAWANDEL IN POLEN

Auch in Polen sind Klimaveränderungen beobachtbar. Registriert wurden ein messbarer Anstieg der Jahresdurchschnittstemperatur um 0,4 bis 0,6 Grad Celsius, Veränderungen bei der Niederschlagsstruktur sowie ein vermehrtes Auftreten extremer Wetterphänomene.² Allein 2010 wurde Polen nacheinander von

drei Hochwasserwellen erfasst, die die Konsequenzen extremer Wetterereignisse deutlich zu Tage förderten. Eine andauernde Hochwasserkatastrophe wie diese ist bisher historisch einmalig.³

Die Erklärung solcher in Polen ungewöhnlicher Wetterphänomene mit dem Klimawandel ist unter polnischen Wissenschaftlern wenig umstritten. Offen und damit vielfach diskutiert ist jedoch, ob es sich hierbei um ein natürliches Ereignis oder um eine vom Menschen verursachte und damit beeinflussbare Umweltveränderung handelt.

Thematische Schwerpunkte bei der wissenschaftlichen Behandlung dieses Themas sind die Luftqualität und die Auswirkungen des Klimawandels auf die (Land-) Wirtschaft und damit auf die Prosperität und den zukünftigen Wohlstand. Als beispielhaft kann das Forschungsprojekt „KLIMA. Der Einfluss des Klimawandels auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft“, an dem unter anderem das Institut für Meteorologie und Wasserwirtschaft (Instytut Meteorologii i Gospodarki Wodnej, IMGW) beteiligt ist, genannt werden. Neben dem IMGW sind insbesondere das Institut für den Schutz der Umwelt (Instytut Ochrony Środowiska, IOŚ) sowie das Institut für Forstwissenschaft (Instytut Badawczy Leśnictwa, IBL) meinungsbildende Forschungszentren in diesem Themenfeld. Zudem lässt sich in den letzten Jahren ein starker Zuwachs an wissenschaftlichen Einrichtungen, Lehrstühlen und Studienplätzen in diesem Bereich beobachten.

Neben solchen naturwissenschaftlich ausgerichteten Forschungen werden vor allem die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge, Potentiale und Herausforderungen untersucht. Einen Schwerpunkt bildet auch hier die Notwendigkeit, in Polen den Ausstoß der so genannten grünen Treibhausgase, insbesondere Kohlenstoffdioxid, zu verringern. Die einzelnen Studien hierzu setzen zumeist bei der Tatsache an, dass Polen als Unterzeichner des Klima- und Energiepakets der EU 20-20-20⁴ sich zu einer Treibhausgasreduktion von 20 Prozent bis 2020 verpflichtet hat.

Eine oft zitierte Studie, die das in Polen vorhandene Potential der Treibhausgasreduktion untersucht, wurde von der Unternehmensberatung McKinsey & Company

1 | Vgl. Dariusz Kielczewski: „Umweltprobleme und Umweltstandards in Polen“, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniwicz (Hg.): Länderbericht Polen, Bonn 2009, S. 319–332.

2 | Vgl. „Republic of Poland. Fifth National Communication under the United Nations Framework Convention on Climate Change“, Warschau 2010.

3 | <http://naukawpolsce.pap.pl> [02.09.2011].

4 | Die 20-20-20-Ziele sind: 20 Prozent Erneuerbare Energie, 20 Prozent Minderung der CO₂-Emission und 20 Prozent Steigerung der Energieeffizienz bis 2020 (ausgehend vom Basisjahr 1990).

2009 veröffentlicht.⁵ In dieser wird dargelegt, dass Polen ein bedeutendes Potential zur Reduktion der Treibhausgase (um ein Drittel), Steigerung der Energieeffizienz (um ca. 40 Terrawattstunden pro Jahr) und den Ausbau der Erneuerbaren Energien (derzeitige Ausnutzung des Potentials liegt bei 17 Prozent) besitzt. Die Herausforderung sei, dieses zu aktivieren. Den Berechnungen der Unternehmensberatung zufolge müssten 90 Milliarden Euro für Modernisierungsmaßnahmen in Wirtschaft und Energieinfrastruktur aufgebracht werden. Diese Investition brächte insgesamt eine Einsparungsleistung von 113 Milliarden Euro. Demgegenüber berichtete die Tageszeitung *Rzeczpospolita*, dass die bisher geplanten Emissionsreduktionen bis zum Jahr 2030 Polen jährlich ein Prozent des BIP kosten würden. Zudem müsse mit höherer Arbeitslosigkeit und sinkender Industrieproduktion gerechnet werden.⁶

Die steigende Bedeutung des Themas in der Politikberatung verdeutlicht das Projekt „Klima und Energie“ des Zentrums für Internationale Beziehungen (Centrum Stosunków Międzynarodowych, CSM), das sich mit den politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen des Klimawandels beschäftigt. Ziel des Projektes ist die Anregung einer öffentlichen politischen Debatte.⁷

Die Sensibilität der Bevölkerung für die Themen Klimawandel und Klimaschutz hat sich in den letzten Jahren auffällig verändert. Es lässt sich ein Mentalitätswandel feststellen, der die notwendige Voraussetzung für ein umweltbewusstes Verhalten ist. Vormalig dominierte eine passive Haltung, die sich dadurch auszeichnete, dass nicht der einzelne Bürger sich für seine Umwelt verantwortlich fühlte, sondern die Verantwortung alleine dem Staat zugeschrieben wurde. Während zu Beginn des letzten Jahrzehnts Klimawandel und Umweltschutz als marginale Randthemen kaum im öffentlichen Bewusstsein verankert waren, zeigt eine CBOS-Umfrage vom Januar 2010, dass die Mehrheit der Polen sich heute um die Umwelt und den Umgang mit ihr sorgt. Auch ist die Meinung, dass man einen persönlichen Einfluss auf die Umwelt hat, gestiegen. Fragt man in der Bevölkerung nach den Ursachen des Klimawandels, sind etwa drei Fünftel der Polen der Meinung, dass der Klimawandel durch Menschen verursacht wird. Nur 15 Prozent geben an, dass sie keine Meinung zu diesem Thema haben, oder

verneinen einen Klimaeffekt generell. Der strenge Winter 2009/2010 hat die Zweifel an der Existenz eines Klimawandels verstärkt.⁸

DOKUMENTE UND INSTRUMENTE DER KLIMAPOLITIK

Auf der politischen Ebene ist Klimaschutz institutionell in der Abteilung für Klimawandel und Atmosphärenschutz beim Umweltministerium angesiedelt. Ein Schlüsseldokument der polnischen Regierung im Bereich der Umweltpolitik zum Klimaschutz ist die „Nationale Umweltpolitik für 2009 bis 2012 mit Ausblick auf 2016“.⁹ In diesem werden alle relevanten umweltpolitischen Bereiche aufgeführt sowie Ziele und Lösungsansätze dargestellt.

Daneben ist im Policy-Feld Energiepolitik das Wirtschaftsministerium federführend. In der Mitte 2008 vorgelegten und Ende 2009 angenommenen Richtlinie „Polnische Energiepolitik bis 2030“, die die Ziele der polnischen Energiepolitik auflistet, finden sich Ansätze einer modernen Energiepolitik, die die vorherige einseitige Betonung von Kohle als absolut dominierenden Energieträger durchbrechen sollen.¹⁰

Ein weiteres Dokument ist das „Fifth National Communication under the United Nations Framework Convention on Climate Change“. In diesem Bericht, der durch die polnische Regierung der UNFCCC vorgelegt wurde, wird die Klimapolitik Polens mit Blick auf die Verträge UNFCCC und das Kyoto-Protokoll beschrieben. Instrumente der Klimaschutzpolitik finden sich vor allem in den Politikfeldern Wirtschaft/Industrie, Energiepolitik, EU-Politik (Finanzierungsinstrumente) und Bildung. Beispielhaft sind hier vor allem Zertifizierungsmaßnahmen im Bereich der Energieeffizienz, Managementsysteme (verbesserte Administration), der CO₂-Emissionshandel und Bildungsprogramme¹¹. Auch Gesetzesänderungen, die die Umsetzung der Energie- und Klimaziele der Regierung ermöglichen, werden verstärkt eingebracht.¹²

5 | Vgl. McKinsey & Company, *Ocena potencjału redukcji emisji gazów cieplarnianych w Polsce do roku 2030*, Warschau 2009.

6 | Vgl. *Rzeczpospolita*, 25.02.2011.

7 | Vgl. Centrum Stosunków Międzynarodowych, *Zmiany klimatu są faktem. Zbiór materiałów przygotowanych w ramach projektu „Zmiany klimatu w świadomości obywateli“*, Warschau 2009.

8 | Vgl. Centrum Badań Opinii Społecznej (CBOS), „*Polacy o stanie środowiska i zmianach klimatu*“ (=BS/1/2010), Warschau 2010; ders. „*Polacy wobec zmian klimatu*“ (=BS/65/2009), Warschau 2009; ders. „*Polish Public Opinion*“, Januar 2010.

9 | „*National Environmental Policy for 2009–2012 and its 2016 Outlook*“, verabschiedet vom Sejm am 22.05.2009.

10 | Vgl. Ministerstwo Gospodarki, „*Polityka energetyczna Polski do 2030 roku*“, vom 04.09.2008, angenommen am 10.11.2009.

11 | Ein gutes Beispiel hierfür ist das Zentrum für Bürgererziehung (CEO), das viele an Kinder und Jugendliche gerichtete Programme im Umweltbereich anbietet. Passend zum COP16-Gipfel wurde das Projekt eines „kleinen COP“ initiiert. Hier sollen polnische Schüler einen Klimagipfel simulieren. <http://www.ceo.org.pl> [02.09.2011].

12 | Vgl. z.B. die Gesetzesnovelle zum Energierecht vom 08.01.2010.



Das Kraftwerk Belchatów in der Woiwodschaft Łódź ist mit 4.440 Megawatt Leistung das weltgrößte Braunkohlekraftwerk. Seit 2005 wird die Anlage den europäischen Umweltstandards entsprechend umgerüstet.

Für wirtschaftliche Investitionen und Innovationen in diesem Bereich ist als Finanzierungsinstrument vor allem der Nationale Umweltschutz- und Wasserwirtschaftsfonds (Narodowy Fundusz Ochrony Środowiska i Gospodarki Wodnej, NFOŚiGW¹³) bedeutend. Mit Hilfe seiner Mittel werden vielfach Privatinvestitionen im Umwelt- und Klimaschutzbereich unterstützt und damit das privatwirtschaftliche Engagement forciert.

KLIMAWANDEL UND KLIMADEBATTE IN DEN MEDIEN

Umweltschutz als solcher wird insgesamt nur wenig in der allgemeinen Presse thematisiert und genießt in den polnischen Printmedien keine hervorgehobene Stellung. Auch während der letzten Hochwasserkatastrophe (2010) war das Thema Klimawandel nur nachrangig. Besondere Aufmerksamkeit, wenn auch nur für einen relativ kurzen Zeitraum, kam in der Berichterstattung den internationalen Klimaverhandlungen der Vertragsstaatenkonferenz COP14 (2008), COP15 (2009) und COP16 (2010) zu. Auffällig an der Berichterstattung über Klimawandel und Klimapolitik in Polen ist der oftmals sehr enge Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Aspekten, wie etwa der Angst vor einer zu starken Abhängigkeit von russischem Gas und der Debatte um CO₂-Reduktionen im Rahmen von EU-Vereinbarungen. Seit 2008 verbreitert sich die Berichterstattung um Fragen der alternativen Energiegewinnung. Dabei spielen Atomkraft, Schiefergas („Shale-Gas“), Biogasanlagen und Windkraft eine besondere Rolle. Wichtiger Kern der Debatten ist in

den meisten Fällen die Energiesicherheit Polens sowie die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wirtschaftswachstums.

Ein weiterer Trend ist die Zunahme von NGOs, die sich mit dem Thema Klimawandel beschäftigen. Diese zeigen vor allem im Internet Präsenz. Viele sind auch Teil des Umweltbildungsprogramms des Umweltministeriums oder werden aus Mitteln des NFOŚiGW und aus EU-Geldern finanziert.¹⁴

KLIMAPOLITIK ALS INNENPOLITISCHES THEMENFELD

Klimapolitik wird in Polen zumeist mit der Treibhausgasreduktion in Verbindung gebracht, wenngleich auch der Schutz des Waldes für Polen auf Grund der vorhandenen Waldgebiete (30 Prozent der Landfläche) Bedeutung erlangen konnte. Die Verbindung zwischen Energie- und Klimapolitik wurde bislang kaum hergestellt, da Energiepolitik sich bisher vor allem auf die Ausweitung und Sicherung der Energieversorgung bezog. Nur zögerlich werden neue Aspekte, wie etwa der nachhaltige Umbau der Energiesysteme, in das energiepolitische Handeln integriert. Immer noch ist die Energiesicherheit der zentrale Punkt der polnischen Energie- und Klimapolitik.

Die derzeitige Debatte um die notwendige Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgase steht in direktem Zusammenhang mit der Energieerzeugung. Wie oben aufgezeigt, ist der polnische Energiemarkt fast vollständig von Kohle abhängig. In der Mitte des Jahres 2010 vorgelegten Erweiterung der Richtlinie „Polnische Energiepolitik 2030“ werden zahlreiche Ziele im Bereich der Energiequellendiversifizierung genannt. Vor allem im Sektor der Erneuerbaren Energien will Polen gezielt die Nutzung anderer Energieträger fördern. Gleichzeitig soll eine stärkere Dezentralisierung der privaten Strom- und Energieversorgung erreicht werden. Als alternative Energiequellen werden insbesondere Biokraftstoffe, Biogas, Wasserenergie, geothermische Energie, Wind- und Sonnenenergie sowie Schiefergas und Atomkraft genannt. Ziel ist es, bis 2030 den Anteil der Erneuerbaren Energie am Endverbrauch auf 15 Prozent zu erhöhen und bei der Nutzung von Biokraftstoffen im selben Zeitraum einen Anteil von zehn Prozent zu erreichen. Neben der Energiequellendiversifizierung sollen optimale Bedingungen zur Entwicklung und Entstehung dezentraler Energieerzeugung, die durch den Einsatz lokal zugänglicher Rohmaterialien gesichert ist, geschaffen werden.¹⁵

13 | Der NFOŚiGW wurde 1989 eingerichtet. Er ist rechtlich eigenständig und finanziell vom Staat unabhängig. Er finanziert sich u.a. aus Geldern, wie etwa Gebühren aus der wirtschaftlichen Nutzung der Umwelt bzw. der Naturressourcen, Strafzahlungen bei Umweltschäden.

14 | Vgl. beispielhaft: <http://chronmyklimat.pl> [02.09.2011].

15 | Vgl. Regierungsdokument „Entwicklungstendenzen bei landwirtschaftlichen Biogasanlagen in Polen in den Jahren 2010 bis 2020“, verabschiedet am 13. Juli 2010.

Derzeit wird intensiv über den Bau der ersten Atomkraftwerke diskutiert.¹⁶ Diese werden als Chance gesehen, klimaneutral und unabhängig von (russischen) Rohstoffimporten, wie etwa Gas, die Energiesicherheit zu erhöhen und gleichzeitig die Emissionsreduktionsziele zu erreichen. Vor der Katastrophe in Japan 2011 war die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Kernkraft kaum existent. Gesellschaftlich war Atomenergie akzeptiert und wurde mehrheitlich unkritisch als klimafreundlicher Ersatz für Kohlekraftwerke angesehen und geschätzt (2009 erreichte die Anzahl der Befürworter der Energiegewinnung aus Kernkraft laut einer CBOS-Umfrage ihren Höhepunkt). Als Folge von Fukushima belebte sich die öffentliche und politische Debatte. Der Anteil derjenigen, die diese Form der Energiegewinnung in Polen ablehnen, stieg auf 53 Prozent an.¹⁷ Vereinzelt kam es auch zu Protesten. Ein ähnlicher Trend konnte 1986 nach der Tschernobyl-Katastrophe (in deren Folge in Polen der Bau eines Kernkraftwerkes eingestellt wurde) festgestellt werden. Trotz der sich wandelnden öffentlichen Meinung hält die Regierung an ihren bisherigen Plänen fest. Zuletzt wurde Ende Juni eine Gesetzesänderung vom Sejm verabschiedet, die Grundlage für den Bau neuer Kernkraftwerke ist.¹⁸ Mit Blick auf die im November anstehenden Parlamentswahlen ist davon auszugehen, dass das Thema Kernenergie weiterhin in der politischen Debatte virulent bleibt – die Aufforderung nach einem Referendum über den Kernkraftbau eines Oppositionspolitikers zeugt hiervon. Allerdings sollte die Bedeutung dieser Kontroverse rund um die Kernenergienutzung nicht überschätzt werden. Trotz der derzeit vor allem für die Gefahren der Kernenergienutzung sensibilisierten Öffentlichkeit, überwiegt in der politischen Debatte die Frage nach der Energiesicherheit.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt, das bei der Erfüllung der klimapolitischen Ziele einen besonderen Stellenwert besitzt, ist der Bau einer Carbon Capture and Storage-Anlage im zentralpolnischen Bełchatów. Durch das Abscheiden und unterirdische Speichern von CO₂ soll Kohle in Zukunft als klimakompatibler Brennstoff

nutzbar sein. Gefördert wird dieses Projekt durch finanzielle Mittel der EU. Federführend ist der staatliche Elektrizitätskonzern PGE.¹⁹

DIE ROLLE EUROPAS UND DEUTSCHLANDS IN DER POLNISCHEN KLIMAPOLITIK

Die Europäische Union spielt in der Ausgestaltung der Klimapolitik Polens eine besondere Rolle, da die meisten Klimaziele der polnischen Regierung sich nach den hierzu unterzeichneten Abkommen und Verträgen im Rahmen des EU-Beitritts richten oder neue EU-Richtlinien in polnisches Recht übertragen werden. Die EU kann somit als Impulsgeber für die polnische Klimaschutzpolitik gelten, auch wenn die polnische Einstellung gegenüber der europäischen Klimapolitik bisher eher kritisch und distanziert war. Immer noch profitiert Polen von den Struktur- und Kohäsionsfonds der EU, die dadurch wiederum der Umsetzung der Klimaziele in Polen besondere Anreize setzten. Dennoch gilt Polen als „Bremsen“ einer ehrgeizigeren gemeinsamen Klimaschutzpolitik. Der 2010 auf einem Treffen der EU-Staaten gemachte Vorschlag, die Treibhausgas-Emissionen der EU bis 2020 um 30 Prozent zu verringern, wird von Polen abgelehnt, da man die potentiellen Gefahren für die Wirtschaft als zu hoch ansieht. Vor allem auf Grund der bisher vernachlässigten Modernisierung von Kraftwerken und des Drucks der wirtschaftlichen Aufholzwänge sieht man sich nicht in der Lage, ehrgeizigere Ziele als die bisher beschlossenen zu verfolgen. Auch gesellschaftliche und globalökonomische Argumente, wie die überdurchschnittlich hohe und unzumutbare Belastung der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen sowie die Gefahr einer Abwanderung der emissionsintensiven Industrien in weniger restriktive östliche Partnerländer, werden angeführt, um entweder ehrgeizigere Klimavereinbarungen in der EU zu verhindern oder besondere Hilfen und Sonderregeln für Polen und die mittelosteuropäischen Mitgliedsländer zu erwirken.²⁰

Außerhalb der EU-Gremien ist Deutschland vor allem bei gemeinsamen grenzübergreifenden umweltpolitischen Maßnahmen relevant (z.B. Oderregion).

DER COP16-GIPFEL 2010 IN CANCÚN

Die Klimaverhandlungen im Rahmen der UNFCCC stehen in direkter Verbindung mit den Klimavereinbarungen innerhalb der Europäischen Union und der im zweiten Halbjahr 2011 beginnenden polnischen

16 | Bis 2030 sollen in Polen zwei Atomkraftwerke gebaut werden. Der geplante Baubeginn für das erste Atomkraftwerk ist 2016, die Inbetriebnahme soll dann 2020 erfolgen. Die Wahl der Standorte ist für Ende 2011 angekündigt. Bisher stehen vier Orte in der engeren Auswahl: Zarnowiec (wobei zu einer hohen Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass hier das erste Atomkraftwerk gebaut werden wird), Kopan, Warta-Klęmpicz und Nove Miasto.

17 | Vgl. Natalia Hiszp, „Energetyka Jądrowa w Polsce – Za Czy Przeciw?“, CBOS-Umfrage, Warschau April 2011 (= BS/48/2011).

18 | Vgl. Ustawa z dnia 13 maja 2011 r. o zmianie ustawy – Prawo atomowe oraz niektórych innych ustaw (verabschiedet am 27.06.2011).

19 | Vgl. Martin Kremer/Kai-Olaf Lang: „Polen – Vom Bremsklotz zum potentiellen Klimapartner Deutschlands?“, SWP-Aktuell 65, Berlin 2010.

20 | Vgl. ebd.

EU-Ratspräsidentschaft, für die u.a. das Ziel ausgegeben wurde, sich im Bereich des Umweltschutzes besonders zu engagieren. Dennoch sprach sich Polen beim EU-Gipfeltreffen zu einer gemeinsamen Strategie bei der COP16 gegen ehrgeizigere Klimaziele der EU aus und betonte in offiziellen Statements vor allem die Bedeutung der innereuropäischen Einigkeit. Seitens des polnischen Umweltministeriums wurde vor Beginn des Gipfels vor allem die herausragende Bedeutung dieser Konferenz für die Erstellung eines gemeinsamen Klimaabkommens, das nach Ablauf des Kyoto-Protokolls Gültigkeit erlangen soll, betont. Eine enge Zielformulierung wurde nicht genannt. Nur über die allgemeine Wichtigkeit einer internationalen Vereinbarung zum Klimaschutz, um den mit der wirtschaftlichen Entwicklung und modernen Lebensweise zusammenhängenden Energie- und Ressourcenverbrauch zukunftsfähig zu gestalten, wurde informiert.

Die Bewertungen des Konferenzergebnisses in Polen fallen unterschiedlich aus. Während in der offiziellen Presseerklärung des Umweltministeriums die zum Ende des Gipfels verabschiedete gemeinsame

Erklärung als Erfolg dargestellt wird, bezeichnet Minister Janusz Zaleski den Gipfel als ineffektiv und das Ergebnis als verantwortungslos gegenüber den zukünftigen Generationen. Im offiziellen Statement des Ministeriums wird die verabschiedete Vereinbarung als gutes Fundament für die Abschlussverhandlungen eines verbindlichen Nachfolgeabkommens im nächsten Jahr bewertet. Dies sei vor allem dahingehend wichtig, da Polen 2011 durch die EU-Ratspräsidentschaft zum Verhandlungsführer der EU wird. Auch wird positiv hervorgehoben, dass während des Gipfels ein Treffen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft stattfand. Interessanterweise taucht in der Berichterstattung über die COP16-Konferenz in Cancún vor allem immer wieder die bedeutende Rolle der polnischen Diplomatie und damit die Sichtbarkeit und internationale Bedeutung Polens auf. Vielmehr als die ausgehandelten Ergebnisse werden die Leistungen der Diplomaten als solche, d.h. die aktive Teilnahme der polnischen Delegation an allen Diskussions- und Verhandlungsforen, betont. Polen sei sichtbar und sehr präsent gewesen und als ein ernsthafter Player in diesem Bereich wahrgenommen worden.

RUMÄNIEN

*Silvian Ionescu*¹

NATIONALE UND INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK RUMÄNIENS

Rumänien hatte in der Zeitspanne Mai 2010 bis Mai 2011 den Vorsitz des Ausschusses für Nachhaltige Entwicklung der UNO inne und beschäftigte sich in dieser Eigenschaft mit der Vorbereitung der Umweltkonferenz 2012 in Rio de Janeiro und der Ausarbeitung eines rechtskräftigen, global umfassenden Abkommens zum Klimawandel. Innenpolitisch setzte Rumänien als Prioritäten für die kommenden Jahre die Nutzung Erneuerbarer Energien, die Bekämpfung der Folgen von Fluten und die Umsetzung des Programms Natura 2000. Der Allgemeine Rahmen der Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels wurde in der Strategie zum Klimawandel und in dem Aktionsplan zum Klimawandel von 2005 bis 2006 festgelegt. Weitere Studien zur Auswirkung

des Klimawandels müssen durchgeführt werden, besonders in Bereichen wie Landwirtschaft, Energie, Transport, Gesundheit und Industrie.

DIE AUSWIRKUNGEN UND PERSPEKTIVEN DES KLIMAWANDELS IN RUMÄNIEN

Bereits die Ergebnisse von Wetterbeobachtungen in der Zeitspanne 1901 bis 2000 bestätigten für Rumänien ein Ansteigen der Frequenz extremer Wetterbedingungen als Konsequenz des Klimawandels. Alleine in den Jahren 2000 bis 2008 wurde Rumänien mit den Auswirkungen von zwei extremen Phänomenen konfrontiert: die Dürren von 2000 und 2007 und die Flut von 2005. In der Zeitspanne 1901 bis 2000 führte der Klimawandel zu einer – zwar im Vergleich mit den globalen Werten geringeren – Veränderung der Durchschnittswerte von 0,3 Grad Celsius, allerdings gab es starke regionale Prägungen. Festgestellt wurden ein überdurchschnittliches Temperaturwachstum im Süden und Osten und unbedeutende Veränderungen der Werte im Inneren des Karpatenbogens. Eine stärkere Erwärmung führt seit 1961 zur Erhöhung der Frequenz der tropischen Tage und zur Reduzierung der Anzahl der Wintertage sowie zur Erhöhung der unteren Tem-

1 | [Silvian Ionescu ist Leiter der rumänischen Umweltaufsichtsbehörde \(Garda de mediu\). Der Beitrag gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder.](#)